

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Abzugsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post 5 M., unter Streifenband 6,50 M.

Schriftleitung und Versand: Berlin S 42, Luisenufer 1 :: Fernruf: Moritzplatz 3725

Erscheint wöchentlich Sonnabends

in der Zeit vom 28. Nov. bis 4. Dez. ist der Beitrag für die 49. Woche fällig.

Gauleiter für Königsberg gesucht.

Die in Nr. 42 ausgeschriebene Stellung ist noch nicht besetzt. Die Besetzung soll bis Anfang Januar 1921 erfolgt sein. Infolge der Wohnungsnot kommen nur ledige Bewerber in Betracht. Im übrigen verweisen wir auf die in Nr. 42 veröffentlichten Bedingungen. **Der Hauptvorstand. I. A.: J. Busch.**

Die Wirtschaftspolitik des „Handelsblattes“.

Nachdem unser Unternehmerorgan vor kurzem einen vorinflutlichen Artikel über das Siedlungswesen brachte, dessen Gedankengänge von keinerlei Sachkenntnis getrübt waren, so daß es nicht nötig erschien, ihnen durch irgend welche Kritik noch Ehre anzutun, verbricht sein & -Mitarbeiter neuerdings sogar wirtschaftspolitische Abhandlungen, die besser in der Raritätenmappe aufgehoben worden wären, als sie auf die gequälten Mitglieder loszulassen, die nach ihrer bisherigen wirtschaftlichen Taktik wenig Neigung zum tieferen Nachdenken über die wirklichen Ursachen des heutigen Chaos zu haben scheinen.

Dem wollen wir etwas nachhelfen, indem wir die erwähnte Milchmädchenrechnung aus Nr. 44 einmal etwas unter die Lupe nehmen. Hier beschäftigt sich der Verfasser nämlich vorwiegend mit der Arbeiterfrage, von der er aber nicht viel Ahnung zu haben scheint, denn er behauptet aus dem Stegreif, daß die Unrichtigkeit des Achtstundentages selbst von den überzeugtesten Anhängern der „hypergewerkschaftlichen Richtung“ nicht bestritten werden könne. Wir wissen nicht, ob der ganze Artikel ein Montagsprodukt oder auf höhere Anweisung geschrieben worden ist, jedenfalls kann man aber von gebildeten und im Rechnen bewanderten Menschen eine Aufklärung darüber verlangen, wie sie sich die Unterbringung des Millionenheeres der Erwerbslosen denken, wenn es gestattet sein sollte, das geringe Quantum an Arbeit von einigen wenigen Leuten durch Überarbeit erledigen zu lassen. Nach Adam Riese würde es dann gar nicht lange dauern, bis so ziemlich alle Menschen ohne Erwerb dasäßen.

Oder weiß der Verfasser gar nichts von den Riesenstilllegungen, von den Absatzstockungen infolge Valutaschwankungen und verminderter Kaufkraft des Inlandes? Hat er noch niemals etwas davon gehört, daß uns das „Stahlbad“ um unsere Weltmarktskundschaft gebracht, und daß andere Länder sich selbst große Industrien zugelegt haben, so daß es auf Jahrzehnte hinaus nicht möglich sein wird, überhaupt wieder mit diesen konkurrieren zu können, da auch unsere Industrie an Aufblähung krank?

Ist es nicht Wahnsinn, große Teile des Volkes fern zu lassen, mit Almosen abzuspeisen und von geregelter Tätigkeit zu entöhnen, während im eigenen Lande ein unbeschreiblicher Warenhunger herrscht, der Abertausenden auskömmlichen Verdienst verschaffen könnte? Haben vielleicht Arbeiter diese prachtvolle Methode, die Menschen zur Verzweiflung zu treiben, erfunden? Nein und abermals nein!

Die großen Industriemagnaten, die Prozentpatrioten, haben ohne Rücksicht auf unseren eigenen Bedarf immer nur für den Export fabriziert, ungezählte Obstbäume, sogar Kartoffeln und Getreide sind nach dem Auslande gegangen, aber natürlich immer nur aus Liebe zu unserem armen Volke, das heute zusehen muß, wie sich die Schieber aller Herren Länder im trauten Verein die Taschen gefüllt haben und nun sofort die Betriebe schließen, weil der Auslandsmarkt zum größten Teil gesättigt ist und infolge der Valuta keinen Anreiz bietet, während es sich für den Inlandsmarkt nicht mehr lohnt. Ein Blick in die Außenhandelsstellen zeigt jedem, was los ist, unerhörte Gewinne werden noch heute erzielt, sogar die Kunstdünger will man nach dem Ausland verkaufen, angeblich

um die Preise zu senken, in Wirklichkeit, um einen viel höheren Erlös einstreichen zu können.

Wo bleibt das Geschrei, nur Arbeit kann uns retten, wenn täglich immer mehr Fabriken ihre Pforten schließen? Die deutsche Arbeiterschaft hat schon oft genug Einschränkung der Luxusindustrie, Massenproduktion von täglichen Gebrauchsartikeln gefordert, aber nichts ist geschehen; nichts, rein gar nichts deutet darauf hin, daß die Unternehmer ihre uns erteilten Ratschläge einmal auf sich selbst anwenden und damit wirkliche Beweise von Vaterlandsliebe erbringen. Es ist alles Heuchelei, das zeigt aufs deutlichste die Sozialisierungskomödie beim Bergbau, wo man sich wie ein Wurm windet und die unglaublichsten Ausreden zurechtdreht, um nur ja die Schätze eines ganzen Volkes nicht aus der Hand geben zu müssen, sie weiter ausbeuten zu können.

Wenn es wahr ist, „daß nur ein siegreiches Volk sich eine verkürzte Arbeitszeit leisten könne, während ein geschlagenes sich nur durch Arbeit von seinen Sklavenfesseln befreien kann“, dann verstehen wir nicht, warum auch die Herren Handelsgärtner immerfort von Einschränkungen ihrer Betriebe reden, die doch naturgemäß den Arbeitsmangel vergrößern müßten, während sie auf der anderen Seite schreien, daß sie mit dem Achtstundentag nicht auskommen können. Es will uns scheinen, als wenn das Handelsblatt gar keine Veranlassung hätte, über die „Unstimmigkeit unserer Rechnung“ zu klagen; es sollte erst mal vor der eigenen Tür kehren.

Oder soll vielleicht der Arbeiter und Angestellte zu den Lasten des Krieges auch noch die des Wiederaufbaues tragen, soll er seine ganze Arbeitskraft von früh bis spät abends in den Dienst der guten Sache stellen, um zusehen zu müssen, wie sich andere die Taschen füllen und auf's Vaterland pfeifen, unerhörte Verschwendung treiben, Millionen ins Ausland verschieben und sich auch noch von der Liquidation des Krieges in Gestalt von Reichsnotopfern u. dergl. drücken?

Gibt es denn niemand auf Unternehmenseite, der so viel sittliches Empfinden und psychologisches Verständnis in sich trägt, um diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen? Soll der Arbeiter von allen Kulturerrungenschaften ausgeschlossen werden und seine Knochen für ein System zu Grabe tragen, daß uns in dieses Chaos hineingestürzt hat und unfähig ist, auch nur einen Ausweg zu zeigen? Die Masse der Arbeit kann uns nicht retten, nur die Qualität, und daß solche Leistungen nicht durch Überspannung der Arbeitskraft, sondern durch angemessenen Wechsel von Ruhe und Tätigkeit erzeugt werden, ist schon längst durch exakte Forschungen bewiesen, und das gilt besonders für die Jetztzeit, wo unser Volk durch den Hunger und die Anstrengungen der Kriegsjahre eine Krankheitsziffer aufweist, die jeden ernst Denkenden das Schlimmste befürchten läßt.

Aber dafür kann man ja auf einer Seite, der es nur auf den Profit ankommt, ganz gleich wo er herkommt, kein Verständnis verlangen. Der Arbeiter ist nach Meinung jener Leute nur zum Aufspinnen da. Wenn er für den Hungerlohn arbeiten will, den man ihm anbietet, ist er sofort wieder Liebling, und es gibt auch sofort Arbeit in Hülle und Fülle. Damit aber die Sache etwas kaufmännisch oder nationalökonomisch aussieht, erklärt man mit wichtiger Miene, die Gärtnerei trage die Belastung der „hohen Löhne“ nicht mehr.

Wie sieht es damit in Wirklichkeit aus? Es wird selbst dem Verfasser jener Abhandlung klar sein, daß die meisten Lebensbedürfnisse eine zwanzig- bis dreißigfache Preiserhöhung aufweisen, während die Löhne im Durchschnitt nur höchstens den sechsfachen Friedensbetrag erreicht haben. Wer soll nun auf die Dauer damit auch nur die einfachsten Bedürfnisse bestreiten? Unser Volk verlummt immer mehr; die Kaufkraft wird immer schwächer, aber nur wenige Unternehmer besitzen den Mut, die Wahrheit über die Differenz zwischen Gesteigungs- und Verkaufskosten zu bekennen. Sie werden obendrein als weiße Raben sofort niedergeschrien, denn der Arbeiter ist unbedingt an den hohen Preisen schuld; zu-

erst muß der Lohn abgebaut werden, ehe die Preissenkung erfolgen kann. Das ist die ganze Weisheit solcher Katastrophepolitiker, und der „Nationalökonom“ des Handelsblattes souffliert ihnen dabei. Vielleicht wundert er sich obendrein noch, daß der Hunger die Menschen so radikalisiert. Hoffen wir, daß die Vernunftgründe, die er einleitend bei uns vermißt, ihn demnächst in gesündere Bahnen lenken, denn wir haben bemerkt, daß sich die Herren Handelsgärtner trotz ihrer Klagen bis jetzt ganz wohl fühlen.

Interessant ist aber zweierlei in dem zitierten Artikel. Erstens das Eingeständnis, daß die Unternehmer den Zusammenschluß scheuen, weil sie sich nur ungern einer gemeinsamen Sache unterstellen und zweitens, daß die Entwicklung der Arbeiterfrage selbst unbeabsichtigt eine Änderung bringen werde.

Die erste Vermutung bestätigen wir aus vollem Herzen, daran scheitert ja eben das ganze Problem der Gegenwart. Solange sich die Menschen nicht vom Egoismus der Selbstsucht, zum Sozialismus, dem Gesellschaftsleben, durchringen können, kann an einen Aufstieg aus dem Wirrwarr nicht gedacht werden. Solange die Produzenten glauben, auf die Konsumenten pfeifen zu können, ist an eine Gesundung nicht zu denken; die Erbitterung wird im Gegenteil immer größer.

Es scheint vielmehr, als wenn man heute das Bestreben hätte, alles am verkehrten Ende anzufangen. Wo bleibt denn der vielgerühmte deutsche Gemeinsinn? Ist denn alles durch den frischen Massenmord vernichtet worden? Soll denn aus dem Land der Dichter und Denker ein solches der Schnorrer und Schieber werden? Allein schon die politische Klugheit müßte unseren Unternehmern die Aufgabe ihres zynischen Widerstandes gegen den Befreiungskampf einer entrechteten Klasse nahelegen, aber mit Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.

Und die Arbeiterschaft? Sie spaltet, spaltet, spaltet sich! Muß einem nicht die Schamröte ins Gesicht steigen ob des zitierten Orakels von Neukölln?

Kollegen! Seht ihr nicht, wo der Weg hingeht, wie man euch auslacht und aus eurer Uneinigkeit Geld zu gewinnen sucht? Lernt für die Zukunft, zeigt, daß ihr trotz der Verirrungen vom Wege das Ziel noch fest im Auge habt!

Doch weiter! Logik scheint nicht die stärkste Tugend des Leitartiklers zu sein, denn er hält die Überstundenzuschläge für widersprechend. Da er die Begründung dafür schuldig bleibt, muß man annehmen, daß sie seinen Freunden auf die Nerven gefallen sind, denn dort, wo man an ihrer Bezahlung festhält, ist auch der Achtstundentag möglich, und wir können arbeitslose Kollegen unterbringen. Ein Grund mehr, sie noch auszubauen.

Von geradezu zwergfellerschütternder Komik sind aber die Ausführungen über die Tariflöhne. „Sie sind eine erdrückende Last,“ seufzt der arme Redakteur und mit ihm der ganze Verband. Ja, wenn man nur nicht den Gehilfen und Arbeitern früher mal gleiche Löhne wie in der Industrie versprochen hätte, dann hätte man die Konjunktur noch viel besser ausnutzen können. Aber die verdammten Kerle wollen nicht hungern; sie glauben nicht mehr, daß man erst dem Meister auf die Beine helfen muß, ehe er menschenwürdig entlohnt, weil er dann regelmäßig das Zahlen vergaß und sich, nachdem er es „zu etwas gebracht hatte“, sich irgendwo als wohlbestallter Rentier niederließ.

Und dieses Mißtrauen ist berechtigt, denn auch heute will man nicht zahlen. Unsere Löhne hinken ganz erbärmlich hinter denen anderer Berufe her, trotzdem verlangt man Idealismus zum schönen Beruf, redet von mangelhaften Leistungen, an denen man auch durch die famose Ausbildung ein gerüttelt Maß Schuld trägt und will abbauen.

Dem armen Redakteur darf man es schließlich nicht einmal übel nehmen, wenn er keine Ahnung von den Dingen hat, denn es fehlt ihm doch an jeder Gelegenheit, sich einmal in das Elend unserer Zeit zu vertiefen und ohne väterlichen Zuspruch auszukommen. Sonst würde er nicht so ungereimtes Zeug über Schematisierung, Nichtberücksichtigung hervorragender Leistungen usw. schreiben. Nur in einem pflichten wir ihm bei, nämlich, daß auch wir befürchten, daß unser beruflicher Nachwuchs absblutet nicht in der Lage sein wird, einmal einen leitenden Posten einzunehmen. Dazu fehlen alle Voraussetzungen von der Ausbildung an bis zur Verheiratung, denn dann muß er dem Beruf, den er die schönsten Jahre geopfert hat, entsagen. Was das bedeutet, zeigt ein Artikel in „Möllers Deutscher Gärtnerzeitung“ Nr. 30 mit erschreckender Deutlichkeit.

Das Fehlen der Voraussetzungen zum Selbständigmachen kann man vom sozialistischen Standpunkt aus nur begrüßen, denn wir wünschen Gesellschaftswirtschaft und verzichten gerne auf einige Dutzend derartiger Lohndrücker und Schmutzkonkurrenten.

Im übrigen empfehlen wir dem Verfasser dringend, wieder in das Paradies der Praxis zurückzukehren und das „Tauschverhältnis zwischen Arbeit und Lohn“ einmal am eigenen Leibe auszu-
probieren, dann wird er bald erfahren, wer dabei am kürzesten wegkommt und über die Ohren gehauen wird und warum viele „mit

Widerwillen, ohne inneren Drang und ohne jede Freude“ arbeiten. Übrigens fällt es einem schwer, keine Satyre zu schreiben, wenn man täglich sieht, wie gerade die oberen Zehntausend das „Lerne leben, ohne zu arbeiten“ zur höchsten Vollendung gebracht haben und ihrer Mißachtung gewöhnlicher Arbeit so deutlich Ausdruck gegeben haben, daß viele sie heute als Schande betrachten.

Doch nun zum Schluß! Es herrscht wohl Übereinstimmung in allen Kreisen, daß „die Wirtschaftlichkeit einer Gärtnerei eine arbeitstechnische Frage“ ist, aber natürlich nicht in dem Sinne, daß man Polen und Kinder beschäftigt, deren Leistungen immer mangelhaft bleiben werden. Es ist geradezu eine Schande, schon die Jugend in das Joch der Lohnsklaverei spannen zu wollen und dies mit gesundheitlichen Vorteilen zu begründen, obgleich ihre Konstitution in den meisten Fällen eine so schwere Inanspruchnahme ohne Schädigung nicht verträgt, ganz abgesehen von der erbärmlichen Lohndrückerei und den Nachteilen der Schulbildung, die von allen Landlehrern beklagt wird, weil keine Zeit zu Schularbeiten mehr bleibt und die körperliche Überanstrengung die geistige Spannkraft ungünstig beeinflusst, so daß solche Kinder beim Unterricht häufig einschlafen.

Hier kann es sich nur um Beseitigung der alten, überlebten Arbeitsmethoden und Einführung technischer Errungenschaften, Normalisierung usw. handeln, wie wir dies schon oft an dieser Stelle betont haben. Ferner muß die Ausbildung des Nachwuchses so intensiv erfolgen, daß die Mängel im Kalkulieren u. dergl., wie R. Prinz in Nr. 48 des Handelsblattes sehr richtig ausführt, behoben werden.

Was in anderen Berufen schon längst erreicht ist, muß auch bei uns möglich sein und unsere Unternehmer sollten endlich einmal mit dem unsinnigen Gerede aufhören, daß unser Beruf nicht mit der Industrie oder dem Handwerk auf eine Stufe gestellt werden könne.

Ein solches Armutszeugnis kann wahrlich nicht zur Hebung der Gärtnerei beitragen, und viele werden es sich überlegen, ob sie trotz ihrer Neigung einen Beruf erlernen sollen, der ihnen keine Existenzmöglichkeit für die Zukunft bietet, der bei solchen Zuständen gewissermaßen seine Daseinsberechtigung überhaupt verloren hat. Von Idealismus kann nun einmal niemand satt werden; deshalb sollten es auch unsere Unternehmer als ihre Berufsehre betrachten, auskömmliche Verhältnisse zu schaffen und die Schmutzkonkurrenz des Kleinmeistertums zu beseitigen. Ein Mittel dazu sind die Tarifverträge, die allen Unternehmern eines Bezirks gleiche Unterlagen für ihre Berechnungen schaffen und der Arbeiterschaft wenigstens ein Existenzminimum sichern, ohne die höhere Entlohnung besserer Arbeitsleistungen zu beschränken. Die vom Handelsblatt beklagte Schematisierung ist eine gewollte Entstellung und nur auf die kurzfristige Engstirnigkeit zurückzuführen, mit der man dieser Regelung gerade in den Kreisen der kleinen und provinziellen Unternehmer entgegenarbeitet.

Seit Monaten schleppen sich die Verhandlungen eines Reichsrahmentarifs hin, die Führung des Unternehmerverbandes ist nicht in der Lage, gegen die Widerstände in den eigenen Reihen mit Vernunftgründen ankämpfen zu können, sondern muß zu allerhand fadenscheinigen Ausreden ihre Zuflucht nehmen. Was nützt es, wenn Tillack in der „Schlesischen Gärtnerbörse“ (Nr. 44) die Berücksichtigung unserer Notlage empfiehlt, die große Masse will weiter auf unseren Knochen den Tanz um das goldene Kalb aufführen und kämpft, wie in Süddeutschland, schamlos um den Elfstundentag.

Nun, wir sind gerüstet und werden den Fehdehandschuh aufnehmen, sei im Besitz und du wohnst im Recht, sagt Schiller.
W. R.

Zum Landwirtschaftskammergesetz.

Wie wir schon immer vorausgesagt haben, hängt das Schicksal dieses Entwurfes nur an einem seidenen Fädchen. Die Parität, unsere erste Voraussetzung für eine Mitbeteiligung an jenen Kammern, ist zum Kampfobjekt geworden und gerade an der Hartnäckigkeit, mit der diese von den Rechtspartnern, einschließlich der Demokraten, bekämpft wird, kann man ermessen, welchen Wert man den Beteuerungen dieser Leute hinsichtlich der gemeinschaftlichen Wiederaufbauarbeit beimessen darf. Ihre wahren Absichten, uns davon so viel als möglich fernzuhalten, um desto ungestörter ihr eigenes Schäfchen scheren zu können, treten immer deutlicher zutage.

Nachdem der Entwurf wider Erwarten doch noch zur Beratung kam, haben auch wir noch Anträge betr. der Gleichberechtigung, der Herabsetzung des Wahlalters auf 18 bzw. 20 Jahre, der größeren Selbstständigkeit der Fachkammern, der Beitragsregelung und Verminderung der Kammermitgliederzahl gestellt, denen sich ähnliche des Landarbeiterverbandes zugesellen.

Diese haben nun nicht nur die Demokraten des Landwirtschaftsausschusses in einen Fieberzustand versetzt, dessen Kurven von Tag zu Tag beträchtlich schwanken, sondern auch ein wahres Wutgebrüll in der Rechtspresse entfacht. Das Unerhörte an der ganzen Sache ist aber, daß sich das Zentralblatt der preussischen Landwirtschaftskammern, also ein amtliches, aus staatlichen Mitteln erhaltenes Organ, zum Sprachrohr der Rechtsbolschewisten macht, indem es alle diese Ergüsse, woran die der „Deutschen Tageszeitung“, genannt die kleine rote Fahne, sammelt, um so gleich einen bis an den Rand gefüllten Jauchekübel mit einemmale über dem Minister Braun ausgießen zu können. Gegen diesen richtet sich nämlich der ganze Sturm, wie auch die neuesten Anrempelungen betr. seiner Denkschrift über die Lösung der Kunstdüngerfrage beweisen. Er hat als Sozialist natürlich ein gut Teil dazu beigetragen, daß den Landarbeitern aus ihrem alten Hörigkeitsverhältnis zu einem menschenwürdigen Dasein verholfen worden ist und hat sich dadurch die Rache der Junker zugezogen, denen er ein Dorn im Auge ist.

Nicht genug damit, haben diese Kröse natürlich auch Anträge zum Kammergesetz gestellt, von denen wir der Kuriosität wegen einige der Bemerkenswertesten hier wiedergeben wollen, obgleich sie sich teilweise auf das Reichsrahmengesetz beziehen.

Beim § 5 z. B. ist man so gütig gewesen, zu beantragen, daß von den Mitgliedern bis zu einem Fünftel dem Stande der Arbeitnehmer angehören soll, wobei den Gutsbeamten eine angemessene Beteiligung zu sichern ist.

Gerade diese Forderung zeigt die bodenlose Frechheit jener Leute; sie beweist aber auch, wie stark sie sich erneut fühlen müssen, wenn sie aus dem Mauseloch von 1918 wieder hervorkommen und uns solches zu bieten wagen. Was sagen die Gutsbeamten zu dieser fürstlichen Vertretung innerhalb des Fünftels?

Ganz selbstverständlich ist es natürlich, daß die Väter dieses Antrages weiterhin den Kreis der Wahlberechtigten auf die im Beruf tätigen Personen beschränken, also alle Organisationsvertreter (auch arbeitgeberseits?) ausschalten wollen, weil sie ihnen natürlich in ihren Zirkel unbequem sind. Dafür soll aber tunlichste Bewegungsfreiheit bezüglich der zuwählbaren Personen obwalten. Wie wäre es denn mit Wilhelm, der durch Gottes Gnade glücklich nach Holland entkommen ist?

Das passive Wahlrecht soll an das 30. Lebensjahr und mindestens dreijährige Berufszugehörigkeit gebunden werden, eine weitergehende „Radikalisierung“ sei unter allen Umständen zu vermeiden.

Was uns aber besonders interessiert, ist der Widerstand der Agrarier gegen die Fachkammern. Er war uns ja von jeher aus Konferenzen in den verschiedenen Ministerien bekannt; daß er sich jedoch so skrupellos an die Öffentlichkeit wagen würde, hatten wir aus politischen und diplomatischen Gründen nicht erwartet. Nun werden aber in sieben Punkten die Bedenken auseinandergesetzt und damit den Gärtnereiunternehmern ein solch kalter Wasserstrahl verabreicht, daß sie wohl für längere Zeit genug von diesen „nahen“ Verwandten haben werden. Vor allem wird Anstoß an der Selbständigkeit dieser Kammern genommen, und man will ihnen nicht einmal das Recht zugestehen, eigene Bekanntmachungen zu erlassen, besondere Beiträge zu erheben, über diese zu verfügen, getrennte Wahlen vorzunehmen u. dergl. mehr. Sie sollen vielmehr den Namen Ausschüsse beibehalten und „mit weitgehenden Befugnissen“ ausgestattet werden. Wie das nach dem Vorhergesagten gemacht werden soll, bleibt das Geheimnis der Erfinder.

Im allgemeinen verlegen die Agrarier das Schwergewicht ebenfalls auf das Reichsrahmengesetz. Während wir dort hoffen, daß es infolge seiner Beratungen im Reichswirtschaftsrat und Reichsrat den Vorschriften der Reichsverfassung angepaßt wird, erwarten diese Leute vom Minister Hermes jedenfalls mehr Verständnis für ihre reaktionären Wünsche als vom sozialdemokratischen Minister Braun. Hoffentlich erhalten sie die richtige Antwort, an uns soll es nicht fehlen.

All diesen Dingen gegenüber ist der Verband deutscher Gartenbaubetriebe recht kleinlaut geworden. Er hat für den Fall, daß die Fachkammern gegen den Widerstand nicht durchgesetzt werden können, seine Forderungen auf „selbständige Abteilungen“ ermäßigt, obgleich er im „Handelsblatt“ Nr. 45 noch die etwas verlegene Frage aufwirft, ob es angesichts der Dinge nötig sei, vor dem eigenen Mut Angst zu bekommen und die Forderungen zurückzuschrauben. Worin dieser Mut bestanden haben soll, wird nicht gesagt. Es kann sich wohl nur um ein taktisches Rückzugsmanöver handeln, denn bei der Bekanntgabe des Gesetzes buchte man es als einen vollen Erfolg.

Dementsprechend hat man auch nur sehr geringfügige Änderungen beantragt, um sich nicht die Gunst der Landwirtschaft, der man doch unter allen Umständen angehören will, zu verschmerzen.

Die eine davon verlangt fünfjährige Berufszugehörigkeit, um das höhere Alter für ein solches politisches Parlament zu ge-

währleisten. Man scheint also bei der Leitung seine Pappenheimer zu kennen und will sich irgend welche Blamagen ersparen. Wir verzichten für unsere Mitglieder natürlich auf solche Einschränkungen und haben sie auch nicht nötig. Besonders großzügig sind unsere Unternehmer in der Bewilligung von Mitteln für den Ausschuß, denn sie beantragen eine Grundgebühr von 5 Mk., eine weitere Abgabe von je 2 Mk. für jedes Tausend der Jahreslohnsomme und 2 Mk. für jeden wahlberechtigten Arbeitnehmer. Mit ersterem scheinen sie wohl die Landwirte stutzig gemacht zu haben; das letztere begründen sie damit, daß wir mehr verdienen als die Landarbeiter. Wir wünschen, es wäre wahr, wir werden uns aber bemühen, einen Barlohn zu erhalten, der den Deputatwerten der Landarbeiter, zu städtischen Preisen umgerechnet, entspricht.

Alles in allem betrachtet, hat der Schrei nach der Landwirtschaft kein begeistertes Echo gefunden, und die viele Mühe bei der Einreichung der Anträge wird vergebens gewesen sein, denn wenn diese Zeilen in die Welt hinausgehen, dürfte der Patient schon sanft entschlummert sein. W. R.

Der Amtsschimmel.

Daß es wahrlich nicht an den Gauleitungen liegt, wenn Verhandlungen wegen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Tarifen usw. sich oftmals maßlos in die Länge ziehen, mögen die Kollegen aus folgendem ersehen.

Wir in Schlesien erfreuen uns nämlich eines besonderen Schlichtungsausschusses beim Oberpräsidium, dessen Einsetzung seinerzeit durch das Arbeitsministerium veranlaßt wurde.

Das wäre nun alles ganz gut und schön, wenn nicht so manche unserer Regierungs- und Geheimen Regierungsräte aus der wilhelminischen Zeit noch recht brav auf dem Amtsschimmel reiten würden. Demgegenüber interveniert sogar der Herr Reichsarbeitsminister anscheinend vergeblich, denn auf sein Schreiben an den Oberpräsidenten vom 22. Oktober und unsere nochmalige Mahnung ist bisher noch keine Antwort eingegangen. Das Oberpräsidium hat damit geradezu glänzend den Beweis erbracht, daß es hier parteiisch zu Gunsten unserer Arbeitgeber handelt, denen eine derartige Verschleppungstaktik natürlich sehr willkommen ist. Gleich dem Oberpräsidium haben sie ungerührt ob des Elendes der Arbeitnehmer der Gärtnereien und Baumschulen auf alle Bitten um Lohnerhöhung nur die Antwort, man müsse so lange warten, bis die Entscheidung beim Oberpräsidium gefallen sei. Vielleicht müssen wir solange warten, bis ein Teil der Arbeitnehmer unter dem Drucke ihrer ungeheuren Not zu Verbrechern geworden ist. August Vollbrecht.

Arbeitskämpfe und Tarife

Dresden. Lohn тариänderung für die Handelsgärtnereien, Baum- und Rosenschulen im Gebiet der Stadt Dresden und der beiden Amtshauptmannschaften. Alle Stundenlohn-Empfänger erhalten eine weitere Lohnzulage von 10 % zu den Tariflohnsätzen vom 1. März 1920. Da bereits am 16. Mai 10 % gewährt wurden, beträgt nunmehr der Aufschlag 20 %. Alle Monatsgehalts-Empfänger erhalten die 10 % Zulage in Form einer Extragrattifikation. Der Berechnung hierzu werden vier volle Monatsgehälter der Person zugrunde gelegt. Die Wochenlohn-Empfänger erhalten eine entsprechende Weihnachtsentschädigung. Älteren ständigen Gehilfen und Arbeitern soll eine Extra-Entschädigung gewährt werden, deren Festsetzung der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorbehalten bleibt. Soweit in Baum- und Rosenschulen während der vier Monate mit achtstündiger Arbeitszeit (November bis mit Februar), durch Versand und Aufräumungsarbeit bedingt, eine neunte Arbeitsstunde freiwillig geleistet wird, gilt diese als Überstunde und wird mit 25 % Aufschlag extra vergütet. Über die Notwendigkeit solcher Überarbeit ist der Betriebsrat oder der Betriebsobmann zu hören.

Erfurt. Auf dem Verhandlungswege ist es gelungen, auch hier einen neuen Lohnvertrag abzuschließen. Für gelernte und angelernte Arbeiter beträgt der Lohn unter 17 Jahren 2—2,25 Mk., bis zu 21 Jahren 3 Mk., über 21 Jahre (ledig) 3,50 Mk., Verheiratete 4 Mk. pro Stunde. Für Arbeiterinnen, die über ein Jahr ständig in der Gemüsegärtnerei beschäftigt sind, beträgt der Stundenlohn 1,70—2,75 Mk. Arbeiter, die nur aushilfsweise beschäftigt werden, erhalten 1,40—3,50 Mk., ebensolche Arbeiterinnen 0,90—2,20 Mk. Für Gewährung von Wohnung, Heizung und Licht wird wöchentlich 15 Mk., für volle Station 65 Mk. in Anrechnung gebracht. Dieser Lohnvertrag gilt ab 1. November 1920.

Mühlhausen i. Th. (Tarifvertrag.) Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 48 Stunden. Sie kann durch Überstunden überschritten werden. Der Urlaub beträgt nach einjähriger Beschäftigung drei Werkstage, und steigt bis auf 14 Werkstage nach sechs-jähriger Tätigkeit. Die Löhne sind wie folgt geregelt: Gehilfen

bis zu 21 Jahren 2—2,75 Mk., über 21 Jahre 3 Mk.; männliche Arbeiter bis zu 17 Jahren 1,60 Mk., steigend bis 2,90 Mk. für verheiratete über 21 Jahre, weibliche Arbeiter 1,20—1,90 Mk. Lehrlinge erhalten im ersten Halbjahr 6 Mk., im zweiten Halbjahr 10 Mk., steigend bis 18 Mk. im dritten Jahre. Für Wohnung, Heizung und Licht ist 8 Mk., für volle Station 50 Mk. in Anrechnung zu bringen. Der Tarif tritt mit dem 1. November 1920 in Kraft.

Rostock. Auf eine Eingabe an das Ministerium für Unterricht in Schwerin wegen der im hiesigen Botanischen Garten Beschäftigten zwecks Erhöhung des königlichen Lohnes von 190 Mk. auf 4,50 Mk. die Stunde erzielten wir eine Erhöhung auf 3,75—4,25 Mk. pro Stunde.

Privatgärtnerei

Noch Immer der Wilhelminische Gutsbesitzer.

Am 1. Oktober d. J. wurde auf dem Rittergut Zirchow, Krs. Stolp, unser Kollege Sagorske von seinem Arbeitgeber, dem Major Siemers auf Kunsow gekündigt. Unter diesem Herrn ist noch alles christlich organisiert, daher ließ er vorher seine christlichen Arbeiterräte zusammenkommen, um das Los des Gärtners zu entscheiden. Die Kündigung erfolgte mit der Begründung, der Major könne keine zwei Gärtner mehr beschäftigen, und den Kollegen habe das Los getroffen. Dann kam die Bemerkung: „Gehen Sie man gleich zu den Sozialen.“ Unser Kollege schickte dann am 4. v. Mts. mit einem Brief die Kündigung zurück, worauf ihn der Major fragte: „Welcher Prophet hat Ihnen denn diesen Brief geschrieben? Die Kündigung ist geschehen; Sie können weiter zehren; Sie haben nichts zu beanspruchen als einen kleinen Raum für sich und die Familie. Wer bei den Roten ist, kann laufen. Wenn die Wilhelmsche Regierung noch wäre, könnten Sie immer und ewig in Zirchow wohnen bleiben.“ Der Hauptgrund der Kündigung besteht aber darin, daß der Förster seine beiden stellenlosen Söhne unterbringen will, unser Kollege aber liegt als Dank für seine bisherigen Garteneinnahmen und Bemühungen an die frische Luft.

Darum Kollegen der Gutsgärtnereien, raift eure gesunden Sinne zusammen, vertraut auf unsern Verband und bewegt die unorganisierten Kollegen zum Beitritt. Wir sind bereits an 300 Gutsgärtner im Kreise Stolp, aber leider erst einige zwanzig davon sind organisiert. Helft einen Riegel in der Lehrlingszuchterei versetzen, denn verschiedene Gutsbesitzer halten noch 4 bis 5 Gärtnerlehrlinge ohne Gehilfen. Dieser Massenkultur der pommerischen Gärtnerlehrlinge verdanken wir es, daß es uns jetzt so traurig geht.

K. Lietz, Stolp i. P.

Blumengeschäftsangestellte

Romische Räuze

sind die Herren Blumengeschäftsinhaber in Chemnitz. Als wahrscheinlich einzigste Gruppe erheben sie nämlich Einspruch gegen die von uns im Einverständnis mit dem Verbands der Blumengeschäftsinhaber beantragte Verbindlichkeitserklärung des abgeschlossenen Zentraltarifes. Diesem Einspruch geben sie folgende Begründung:

„Mit einem für ganz Deutschland gültigen Zentraltarif können wir uns nicht einverstanden erklären, da hier in Chemnitz mit seiner vorwiegenden Arbeiterbevölkerung die geschäftlichen Verhältnisse ganz anders liegen wie in Berlin, Hamburg und anderen deutschen Großstädten, wo Großhandel, Großindustrie, die Finanzwelt usw. dem Geschäftsleben ein ganz anderes Gepräge geben. Aus vorliegenden Gründen müssen wir gegen einen allgemein gültigen Zentraltarif Widerspruch erheben. Ein örtlicher Tarif zwischen uns und den vor Ihnen angezogenen Verbänden besteht bei uns. Gültig ab 1. 8. 1920.“

Der örtliche Tarifvertrag, auf den diese guten Leute sich selbst beziehen, enthält in mehreren und wesentlichen Punkten erfreulicherweise ganz erhebliche Verbesserungen gegenüber dem Zentraltarif. Er sieht nicht nur höhere Löhne vor, was selbstverständlich wäre, weil durch einen Zentraltarif nur Mindestlöhne festgesetzt werden können, sondern auch z. B. die Bestimmungen der Kapitel „Lernende“ und „Urlaub“ bedeuten so wesentliche Verbesserungen, daß wir sie schon vornotiert haben für die nächste Revision des Zentraltarifes. Der Einspruch ist deshalb nur erklärlich entweder aus völliger Unkenntnis der Sachlage und aus purem Widerspruchsgeist, ähnlich dem des bekannten Oppositionsredners, der da sagte, ich könne zwar nicht die Maßnahmen der Regierung, aber ich mißbillige sie.

Im übrigen scheinen sich die Herren nicht darüber klar zu sein, daß für sie der Zentraltarif, gegen den sie Sturm laufen, auf jeden Fall gilt, selbst wenn die Verbindlichkeitserklärung nicht erfolgen sollte.

A. L.

Lehrlings- und Bildungswesen

Kiel. Kursus für Gehilfen. Auf Veranlassung unserer Organisation wird bei der hiesigen Fortbildungsschule ein Kursus für Gehilfen eingerichtet. Der Unterricht beginnt am Montag, den 22. November in der Schule Küterstr. 5. Es finden im November und Dezember, jeden Montag Abend von 8—10 Uhr, Vorträge in Bodenkunde und -bearbeitung sowie Botanik und im Januar und Februar über Obstschnitt statt. Jeden Donnerstag vom November bis Februar Landschaftstechnik und Skizzenzeichnen. Außerdem an drei Sonntagvormittagen Vorträge über Düngerlehre. Der Preis für den gesamten Unterricht beträgt 12 Mk. Ein äußerst niedriger Preis, für dem den Kollegen etwas wirklich Gutes geboten wird. Auch den Kollegen der Umgegend steht eine Beteiligung frei und kann man jedem nur raten, diese Gelegenheit, sein Wissen zu vermehren, wahrzunehmen. Ballhaus.

Gärtnerische Winterschule Dresden.

Der erste Kursus über die Grundlehren der Botanik beginnt am Freitag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr in Laubegast, Gemeindeschule. Als Lehrkraft wirkt Herr Dutschmann, Lehrer an der Gartenbauschule „Flora“. Da sich bisher schon über 50 Teilnehmer gemeldet haben, ist die Abhaltung eines Parallelkurses in Dresden geplant. Honorar pro Kursus 10 Mk., Lehrlinge frei. Sofortige weitere Meldungen sind an das Verbandsbüro, Ritzbergstr. 2, III, zu richten.

Der Vortrag des Herrn Obstbautechnikers Knippel über das Thema: „Kann die jetzige Lebensmittelnot durch Siedelungen behoben werden?“, kann nicht am 8. Dez., sondern erst Donnerstag, 9. Dez., abends 8 Uhr, in der Gemeindeschule in Laubegast stattfinden.

Für den Vorstand: Haucke.

Bekanntmachungen

Hauptverwaltung

Achtung Ortskassierer! In letzter Zeit sind uns des öfteren Mitgliedsbücher in die Hände gekommen, worin von Seiten der Ortskassierer Ortsunterstützung ausgezahlt und in dem Mitgliedsbuch auf Seite 3 eingetragen war. Das ist falsch. Falls örtliche Unterstützungen ausgezahlt werden, sind diese auf Seite 21 unter der Überschrift „Eintragung über bezogene Ortsunterstützung“ zu vermerken. Alle übrigen Unterstützungsseiten sind für statutarische Unterstützungen, die von der Hauptverwaltung angewiesen werden, bestimmt.

Wir ersuchen auch in der Auszahlung von Ortsunterstützungen sehr vorsichtig zu sein. Uns liegt ein Buch vor, dessen Inhaber ein volles Jahr Mitglied ist. Die statutarische Unterstützung von 28 Tagen in Sa. 28 Mk. hat er erhalten. Er hat dann im Laufe eines Monats aus den Ortsverwaltungen Ludwigshafen, Mannheim, Bamberg, Kissingen, Eisenach, Gotha, Weimar, Magdeburg und Halle zusammen 80 Mk. bezogen. Die betreffenden Ortskassierer hätten sich doch sagen müssen, daß so etwas nicht zulässig ist, umso mehr, da es sich um einen Kollegen handelt, der zwar schon sehr alt, aber in der Organisation noch sehr jung war. In Zukunft bitten wir hier mehr Vorsicht zu üben.

Für die Ortskassierer! Bei Anträgen auf Unterstützungen irgend welcher Art haben die Kassierer darauf zu achten, ob die Extrabeiträge für Juli und August 1920 in Höhe eines Wochenbeitrages von den betr. Mitgliedern gezahlt sind. Ist dies nicht geschehen, hat das betr. Mitglied zunächst diese Extrabeiträge zu entrichten, andernfalls es keinen Anspruch auf Unterstützung hat.

Gaue und Ortsverwaltungen.

Essen a. R. (Ortsverwaltung Industriebezirk.) Die Verwaltungen zwischen Essen und Dortmund haben sich unter diesen Namen zu einer Verwaltung zusammengeschlossen. Die Verwaltungsadresse ist folgende: Paul Zinke, Essen (Ruhr), Steelerstr. 17.

Görlitz. Kassierer: Theod. Schwarzer, Görlitz, Grüner Graben 15, I.

Halle a. S. Vorsitzender ist jetzt Albert Ackermann, Moritzwinger 8; Kassierer: Rich. Worch, Äußere Dellitzscher Straße 16. Die Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat, nachm. 3 Uhr, und jeden Freitag nach dem 15., abends 7 Uhr, im Jagdschloß, Moritzwinger 4, statt.

Sterbetafel.

Am 8. November verstarb das Mitglied der Ortsverwaltung Berlin, Bezirk Weißensee, der Kollege **Wilhelm Stück**, im Alter von 68 Jahren.

Ehre seinem Andenken!